

Politik



Nicht nur in der Bildungs- auch in der Einwanderungspolitik hat rot-grün nichts verbessert, sondern eher noch verschlimmert

Seite 2

Hochschule



Wer ein wenig über Studiengebühren lernen möchte, hat am Wochenende in Bielefeld eine gute Gelegenheit dazu

Seite 3

Rezension



Viele Menschen, deren Opas Nazis waren, glauben inzwischen, diese seien die wahren Opfer des nationalsozialistischen Terrors gewesen

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Ein Kabinettsbeschluss macht noch keine Gebühren Proteste können noch fruchten

Am 3.7.2002 beschloss das Kabinett, die Einführung von Studiengebühren anzustreben. Beschlossene Sache sind Gebühren darum noch lange nicht. Es gilt, während des Gesetzgebungsverfahrens weiter Druck auf rot-grün auszuüben.

Da Studiengebühren nicht per Rechtsverordnung von der Regierung diktiert werden können, müssen sie erst als Gesetz vom Landtag verabschiedet werden. Dies soll im Rahmen der Haushaltsdebatte Anfang November geschehen. Im Gegensatz zum Kabinett besteht der Landtag aber nicht nur aus Partei-Platzhirschen und -hirschkühen, die auf hohen Positionen in den KandidatInnenlisten ihrer Parteien stehen und sich somit keine großen Sorgen um ihre Wiederwahl machen; es muss eine Mehrheit unter den gegenüber Druck aus der Bevölkerung empfindlicheren Abgeordneten zustande kommen.

Im stärkeren Maße als die MinisterInnen sind die Abgeordneten aber vor allem im Wahlkampf auf die Unterstützung durch die Basis ihrer Partei angewiesen. Und schließ-

lich ist es so, dass SPD und Grüne keineswegs als homogene Gruppen die Einführung von Studiengebühren fordern, sondern im Gegenteil lehnt bei beiden Parteien ein großer Teil der Basis diese ab. Der Parteirat der SPD hat seine Ablehnung auch auf seiner Sitzung in Duisburg – unter dem Druck heftigen studentischen Protestes – deutlich kundgetan. Auch bei den Grünen sind die GebührenbefürworterInnen zumindest an der Basis nicht in der Mehrheit, und auf der nächsten Parteiratssitzung Anfang September dürfen sich Vesper, Höhn und die anderen Clement-Knechte auf kräftigen Gegenwind aus den eigenen Reihen gefasst machen.

Druckempfindliche Basis

So albern es auf den ersten Blick klingt: Bei der Abstimmung im Landtag ist Clement auf die Stimmen von Rot-Grün angewiesen. Die Oppositionsparteien FDP und CDU jedenfalls haben schon angekündigt (zwar aus egoistischen und heuchlerischen, bzw. wahltaktischen Motiven, aber immerhin) gegen das Gesetzesvorhaben zu stimmen. Die Regierungskoalition im Landtag hat nur eine Mehrheit von 16 Stimmen, das heißt, es würde reichen, wenn nur 16 SPD- und Grünenabgeordnete unter dem Druck studentischer Proteste aus der Fraktion ausscheren und gegen den Haushalt stimmen würden. Dieses Ziel ist durchaus noch zu erreichen – jedenfalls ist es die letzte Chance, die vergeben zu haben die StudentInnen

sicher bereuen würden, wenns ans Bezahlen gehen sollte. Voraussetzung dafür ist aber, dass der Protest nicht über die Semesterferien einschläft, sondern die StudentInnen ihren Willen zum Protest weiterhin durch entsprechende Aktionen nach außen tragen. Es bietet sich zum Beispiel an, gerade noch vor der Bundestagswahl, die ja gegen Ende der Semesterferien stattfindet, Wahlkampfveranstaltungen der Regierungsparteien zu besuchen, um dort den Standpunkt gegen Gebühren deutlich zu vertreten. Alleine die SPD plant in der Schlussphase des Wahlkampfes noch sechs Veranstaltungen mit Kanzler Schröder im Ruhrgebiet, also vor der Haustür der meisten StudentInnen der Ruhr-Universität.

„Wir wären bescheuert, wenn wir uns das entgehen ließen,“ stellte ein Sprecher des studentischen Aktionskomitees dazu fest: „Wenn es der Waffenlobby gelingen ist, auf diese Weise trotz diverser Amokläufe eine effektive Verschärfung des Waffenrechts zu verhindern, warum soll es nicht auch bei uns funktionieren?“ machte er den StudentInnen Mut. Die „Schlacht um Studiengebühren ist noch keinesfalls verloren,“ heißt es denn auch in einem Aufruf des Aktionskomitees, dass dazu aufruft, an die bisher erreichten Erfolge anzuknüpfen: „Zu Beginn der Proteste äußerte Herr Clement verächtlich: „Lasst die Studenten doch protestieren, das ist doch eh nur ein Strohfeuer.“ Habt Ihr nicht auch Lust auf einen kleinen Flächenbrand? Verbündete zum Zündeln sind auf jeden Fall noch da.“

Das Aktionskomitee kündigte an, die Termine, sowie Treffpunkte für die gemeinsame Anreise während der Semesterferien über eine Mailingliste sowie über die Protest-Webseiten des AStA (www.asta-bochum.de/streik) rechtzeitig bekannt zu geben. Für

die zweite Ferienwoche befindet sich eine Sommeruni mit Vorträgen und Diskussionen über Gebühren, aber auch andere bildungspolitische Themen in Planung.

Des weiteren soll der Kontakt zu weiteren Protestwilligen an anderen Unis gesucht und aufrecht erhalten werden. Weiterhin bleiben die Studis aufgerufen, die Abgeordneten mit Post, Faxen und E-Mails einzudecken, die nötigen Adressen sind zum Beispiel auf den Netzseiten des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren unter www.gute-bildung.de zu finden.

Mitmachen und Kontakt halten

Das im Streik entstandene Aktionskomitee trifft sich auch in den Semesterferien Mittwochs um 18.00 Uhr vor dem AStA, um Aktionen, wie zum Beispiel die besagten Besuche bei Wahlveranstaltungen, zu planen und durchzuführen ...

Zentrales Diskussionsforum aller am Thema Interessierten ist die Mailingliste aktionswoche-bochum@yahoo.com. Wer dort mitreden und lesen möchte, schickt einfach eine leere Mail an aktionswoche-bochum-subscribe@yahoo.com. Oder, wenn das nicht klappt oder man die Liste nicht gleich abonnieren will, an streikbuero@asta-bochum.de. Außerdem finden sich alle Neuigkeiten auf den Seiten des AStA (www.asta-bochum.de) und www.gats.asta-bochum.de die gerade auf den neuesten Stand gebracht werden.



Schikanen und Gebühren Warten beim DAAD

Der Bundesverband ausländischer Studierender (BAS) fordert die sofortige Abschaffung der „APS-Pflicht“ für alle in der BRD lebenden StudentInnen aus der VR China. „Wir möchten Euch bitten, diese Forderung zu unterstützen und gegenüber den Landesministerien die Probleme darzustellen“, heißt es in einem Appell des BAS an die StudentInnenvertretungen.

Seit Einrichtung der Akademischen Prüfstelle (APS) bei der deutschen Botschaft in Beijing müssen alle chinesischen Studierenden, die in Deutschland studieren wollen, eine Bescheinigung dieser, von der Kulturabteilung der Botschaft und dem DAAD betriebenen Prüfstelle, erhalten. Die Prüfstelle kontrolliert die Echtheit der vorgelegten Zeugnisse und die Plausibilität des Antrags, sowie die „Studierwillig- und -fähigkeit“ des/der Bewerber/in. Die Studierenden müssen hierzu persönlich bei der APS vorstellig werden. Es gibt nur eine Prüfstelle in der VR China. Die Erlangung der Bescheinigung ist (natürlich) gebührenpflichtig.

Doch nicht nur die chinesischen StudentInnen, die nach Deutschland kommen und studieren möchten, sondern auch jene, die sich bereits in der BRD befinden, müssen eine APS Bescheinigung vorlegen, wenn sie die Uni wechseln möchten und weniger als drei Semester an der bisherigen Hochschule studiert haben. Sie können diese Bescheinigung auf dem Postweg gegen Einsendung ihrer Unterlagen und der Entrichtung der Gebühr erhalten.

Bitte kommen sie morgen wieder

Die Erteilung der Bescheinigung für sich in der BRD befindliche Studierende ist jedoch langwierig und dauert derzeit ca. sieben Monate. Aus diesem Grund befinden sich viele Studierende derzeit in Warteschlangen und können ihr Studium nicht aufnehmen. Besonders betroffen sind Studierende, die an einer FH studieren wollen. Da die meisten FHs keine Sprachkurse anbieten, absolvieren ausländische Studierende, bevor sie an der FH studieren, die Sprachkurse an einer Universität. Wollen sie dann zur FH wechseln, benötigen sie die APS-Bescheinigung. Diese bekommen sie wegen der langen Wartezeit jedoch erst nach einem unerträglich und unzumutbar langem Zeitraum. In der Zwischenzeit müssen sie Studiengänge belegen, die sie faktisch meist nicht studieren. Die Wartezeit hat jedoch nicht

nur den Nachteil, dass die Betroffenen in einem „Parkstudium“ festsitzen. Diese Zeit wird auf die Höchstaufenthaltsdauer nach den Verwaltungsvorschriften des Ausländergesetzes angerechnet. Die Studis müssen diese Zeit finanzieren, ohne dass sie ihrem Studienziel näher kommen und arbeiten dürfen. Ein anderes Problem ist, dass es, sollte sich die Situation nicht ändern, viele Studis evtl. länger als drei Semester warten und ein Studienfachwechsel dann nach dem Ausländergesetz nicht mehr möglich ist. Diese ungünstige Konstellation könnte eintreten, da die Bewerbungsfristen für ausländische Studierende festgelegt sind und eine Bewerbung nach diesen Terminen nicht mehr möglich ist.

Gebührenbefreiung durch Punkte

Gegenüber dem vielleicht dem einen oder anderen bsz-LeserIn bekannten Sender *radio c.t.* wollte das nordrhein-westfälische Finanzministerium, das inzwischen die Verhandlungen mit den NRW-Studivertretungen über die Ausgestaltung der Studiengebühren vom Wissenschaftsministerium übernommen hat, nicht bestätigen, dass StudentInnen, die sich aktiv an den Protesten gegen die Gebühren beteiligt haben, die Gebühren für zwei Semester erlassen werden.

Die VerhandlungsführerInnen der StudentInnen bedauerten die Irritationen, die dieses Dementi ausgelöst haben, gegenüber der bsz: „Ein simpler Schachzug des Ministeriums, um seine Verhandlungsposition zu stärken,“ erklärte Silke Schattmann vom ASTA der FH Geldern als Delegationsleiterin: „Es bleibt bei der Absprache mit dem Ministerium. Und für die Ruhr-Universität sind 200 Befreiungen im Gespräch.“ Im Bochumer ASTA können die Streikaktiven sich inzwischen ihre StrikeBack.Card im Service-Referat absteampeln lassen, mit jeweils einem Punkt für die Teilnahme an einer Streikaktion. „Nach der Anzahl der Punkte richtet sich dann, ob man zu den Zweihundert gehört oder nicht“, erklärte Robert Nöber vom Service-Referat. Punkte sammeln können aktive Studis noch bis September. „Dann sind die Verhandlungen mit dem Ministerium spätestens abgeschlossen“, so Schattmann. „Bis dahin sollen wir nach dem Willen des Ministeriums nicht zur Wahl Stoibers aufrufen.“

Führerscheinverlust kommt nicht in die Tüte

Endlich sehen sie's ein: Kiffen ist besser als Saufen. Naja, zumindest wenn es um Unfallverursachen im Straßenverkehr geht. Das Bundesverfassungsgericht entschied am letzten Freitag, dass die gängige Vorgehensweise, CannabisnutzInnen, die dem Rechtsstaat aufgefallen sind, wiederholt zu kostenpflichtigen Blut- und Urinproben vorzuziehen, auch wenn sie nicht am Steuer unter dem Einfluss des „Rauschmittels“ erwisch worden waren, verfassungswidrig sei. Einmaliger oder sporadischer Konsum von Hasch heißt somit überraschenderweise nicht, dass man eine komplett unfähige Autofahrerin ist. Der arme Rechtsstaat droht somit aufgrund von Unterarbeitung endlich das Zeitliche segnen zu müssen. Schon seit 1994 sollen laut Karlsruhe Verfahren gegen mit geringen Mengen von Cannabis aufgegriffene Menschen eingestellt werden. Jetzt also weder Spaß an Repression im Straf- noch im Verkehrsrecht. Nur zur Erläuterung: Bekifft sein am Steuer ist natürlich immer noch nicht erlaubt. Besoffen Leute totfahren qualifiziert aber immerhin noch für ein bayrisches Ministeramt. Für die künftigen PolitikerInnen also: Im Zweifelsfall immer sagen, ihr habt nicht inhaliert.

Kein Sommercamp

Das für August geplante Antimperialistische Sommerlager in Assisi (Italien) muss leider ausfallen, da die Vorbereitungsgruppe anlässlich eines Besuches bei der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) bei einer Vorführung der Vorbereitung eines Selbstmordattentates einem Unfall bei der unachtsamen Handhabung von Sprengstoff zum Opfer fiel. Der Menschheit entgegen damit noch wertvolle Workshops wie „Der Dschihad als antimperialistischer Kampf“ (geplant für den 9. August); und auch die Frage „Zwei Völker – zwei Staaten oder ein demokratisches, geeintes Palästina“ (9. August) wird wohl unbeantwortet bleiben.

Was für ein Jammer. Beileidemails bitte an redactionnuernberg@hotmail.com. Freuen kann sich lediglich ATTAC: Auch der für den 4. August geplante Workshop „attackieren wir ATTAC“ fällt aus und die Gefahr, bombardiert zu werden dürfte für ATTAC wohl für's erste vorbei sein.

Braunes Ruhrgebiet

Erneuert haben Rechtsextreme Skinheads MigrantInnen angegriffen. Samstag Nacht pöbelten sie zunächst einen 18-jährigen Schwarzen in der Nähe des Essen Westbahnhofs an. Als er fliehen wollte, wurde er mit Steinen und Flaschen beworfen. Ein Stein traf ihn am Unterschenkel. Ein 19-jähriger „Stolzer Deutscher“ schlug ihn dann mit der Faust ins Gesicht. Der Angegriffene verteidigte sich mit einem ein Meter langen Kantholz und schlug die Angreifer in die Flucht. Der 19-jährige Schläger wurde kurz darauf von der Polizei festgenommen. Die beiden anderen – ein Mann und eine Frau – konnten entkommen. In den vergangenen Wochen war es unter anderem in Dortmund bereits zu ähnlichen Angriffen gekommen.

Von rot-grün verraten und verkauft? Wählt Stoiber!

Voller Sorge wandten sich LeserInnen in Zuschriften an die bsz gegen unseren Wahlaufruf für Edmund Stoiber und gegen die GebührenverräterInnen von SPD und Grünen. Bildungspolitik sei schließlich nicht alles, so die überwiegend linksgerichteten LeserInnen. Bleibt allerdings die Frage, ob nicht auch unter diesem Blickwinkel keine Unterschiede zwischen SPD und CDU auszumachen sind. Und man wie auch Frau sich nicht ruhig den Spaß machen könnte, Schröder und Co. abzuwählen.

Große Erwartungen hat wohl auch vor vier Jahren niemand Bewegungslines in die rot-grüne Bundesregierung gesetzt. Einfach vier Jahre lang keine Verschlechterungen hatte man sich davon erhofft. Und natürlich die Durchführung von Selbstverständlichkeiten wie die Einführung eines modernen Einwanderungsrechts, die Tolerierung weicher Drogen oder eben ein Verbot von Studiengebühren.

Stattdessen wurde alles schlechter: Verbesserungen beim Einwanderungsrecht blieben aus, die rassistische Agitation führender SozialdemokratInnen hingegen nahm kontinuierlich zu. Zuletzt stellten sozialdemokratisch geführte Innenbehörden „ausländische“ Studis pauschal unter Terrorismusverdacht und Bundesinnenminister Schily forderte von Eingewanderten die Assimilierung. Damit übertraf er wohl auch die CDU, der es bekanntlich mit der passiven Unterwerfung unter die „Deutsche Leitkultur“ genug der Schikanen gewesen wäre. Und die militante Gefährdung von nicht als deutsch erachteten Menschen durch RassistInnen und Nazis? Nicht mal ein NPD-Verbot wurde erreicht. Aber vielleicht gelingt es der SPD-Bundesspitze ja, der NPD WählerInnen durch demonstrative Liebesbekundungen zur deutschen Nation abspenstig zu machen.

Rechtspopulismus

Während der Weltmeisterschaft jedenfalls waren diese kaum in Begeisterung für die Nationalmannschaft zu übertreffen. Und so hatte Schröder das ja auch bereits im Mai angekündigt, als er sich, ausgerechnet am Tag der Befreiung der Welt durch die Niederlage Deutschlands im zweiten Weltkrieg, demonstrativ mit dem später zum antisemitischen Skandalautor avancierten Martin Walser traf. „Deutschland ist ein normales Land“ verkündeten Schröders Wasserträger in jedes Mikro und der Kanzler selbst tat kund und zu wissen, mit Zuneigung zur Verfassung sei es nicht getan: Wenn die deutsche Elf spiele, so sein Beispiel, sei es nicht das tolle Grundgesetz, sondern – ja, was eigentlich? Erklärtes Ziel des gemeinsamen Auftritts mit Walser war jeden-

falls, so stand es am nächsten Tag auf der SPD-Homepage zu lesen, den „Rechtspopulisten“ das Wasser abzugraben: Die Sache der Nation sei schon immer und überall bei den Sozis in den fürsorglichsten Händen gewesen, führte Schröder wortreich aus. Verschiedene CDU-PolitikerInnen und auch der Zentralrat der Juden in Deutschland kritisierten diese rechtspopulistischen Ausfälle. Denn Rechtspopulismus beschreibt noch am ehesten die Politik der Regierung Schröder. Da kann Stoiber nicht mithalten, denn zum Rechtspopulisten fehlt ihm vor allem eines: Die Fähigkeit, sich als Vertreter der „kleinen Leute“ gegen anonyme „die da oben“ aufzuspielen. Dazu fehlten ihm sowohl die Hemdsärmeligkeit als auch die Credits, welche die Geschichte der SPD und die Biographie Schröders als Aufsteiger aus „kleinen Verhältnissen“ dem Kanzler mit auf den Weg zum Rechtspopulismus mitgeben.

Die netten Sozis

Dazu muss eine Bewegungslinke in Betracht ziehen, dass die Regierungsparteien die AnsprechpartnerInnen für von links besetzte Themen wie Umwelt, Antifaschismus oder Migration nicht wieder für den Bundestag aufgestellt haben. Der SPD-Abgeordnete etwa, der sich noch im letzten Jahr für die DemonstrantInnen aus seinem Wahlbezirk im Ruhrgebiet einsetzte, die nach den Riots in Genau willkürlich von den Carabinieri misshandelt und verhaftet worden waren, wird dem nächsten Bundestag nicht mehr angehören: Mündlichen Berichten aus Berlin zufolge soll Fraktionschef Struck höchstpersönlich sich dafür eingesetzt haben, nachdem besagter Abgeordnete nicht dem Bundeswehreininsatz in Afghanistan zustimmen wollte. Nur ein Beispiel von mehreren mit der klaren

Konsequenz: Als Verbündete für eine außerparlamentarische Linke verlieren SPD und Grüne einfach seit vier Jahren zunehmend an Bedeutung. Und auch bei der PDS gelangte die Ansprechpartnerin für Antifaschismus nur mit Mühe wieder auf die Liste. Aber wer hat schon noch Zeit für antifaschistisches Engagement, wenn er etwa in Berlin arbeiten gehen muss für die rot-roten Studiengebühren?

Lediglich auf der untersten Ebene, in den Kreisen und Kommunen, finden sich noch solche AnsprechpartnerInnen. Ja, die netten Sozis gibt's noch, die mit der Stadtverwaltung sprechen, wenn ein Infostand an Schikanen der Stadtverwaltung zu scheitern droht oder mit dem Rektor, wenn eine SchülerInneninitiative ihre Flugis nicht vor der Schule verteilen darf. Die sich am Bündnis „Kleckerstadt gegen Rechts“ beteiligen und die auf Konferenzen unterer Parteiliederungen Resolutionen gegen Studiengebühren einbringen. Und die dann seufzend zur Kenntnis nehmen, dass die Haushaltslage es halt nicht anders erlaubt. Wie sagt man in solchen Fällen? Wenn noch genug Verständnis da ist, das Bündnis jedoch chancenlos? Wie war's mit: „Wir können ja gute Freunde bleiben“.

Es gibt Wichtigeres als Wählen

Punktlich zum Auftakt der heißen Phase des Wahlkampfes hat sich ein Bündnis unter dem Namen „Tatort Deutschland“ zusammengefunden, um das hohle Wahlkampfgelöse mit linker Kritik zu beantworten. Dem Extremismus der Parteien der Mitte mit ihrem neoliberalen „keine andere Welt ist möglich“, wollen die Initiatoren die außerparlamentarische Selbstorganisation entgegensetzen. Stattdessen soll über Aktivitäten linker Initiativen und Gruppen informiert werden. Einigen Beteiligten ist die Enttäuschung ihrer Wahl von rot-grün noch anzumerken. So planen ehemalige Grüne kurz vor der Wahl eine Entscheidungssaktion dafür, dass sie vor vier Jahren zur Wahl von rot-grün aufrufen.

wird eine Kundgebung am 7. September sein, die auf dem Dr. Ruer-Platz stattfindet. Neben Infoständen verschiedener Gruppen, sollen dort KabarettistInnen und Bands auftreten. Dazu gibt es Überlegungen anschließend noch ein Happening zu organisieren.

Und mitmachen kann man auch. Die „Tatort“-Aktiven freuen sich natürlich über Unterstützung am 30.7., 13.8., 27.8., 3.9. jeweils um 19h.

Das Bündnis wird nun Infomaterialien und Aufkleber erstellen. Wahlkampfveranstaltungen der verschiedenen Parteien sollen dazu genutzt werden, Proteste gegen die jeweilige Politik zu artikulieren. Eine eigene AG kümmert sich darum, die einzelnen Termine zusammenzustellen. Der Höhepunkt der Aktivitäten

antirassistisches zentrum Raum wäre da ...

Wir erinnern uns: Im Sommer 2000 stellte die bürgerliche Öffentlichkeit fest, dass es in Deutschland ein Problem mit Nazis gibt. Allenthalben wurden Demonstrationen gegen Aufmärsche abgehalten. Auf Bundes- und Landesebene wurden Projektmittel für antirassistische Projekte zur Verfügung gestellt. In Bochum nahmen das einige Menschen ernst und wollten ein antirassistisches Zentrum (AZ) gründen. Trotz zahlloser Leerstände (auch städtischer Gebäude) in Bochum fand die Stadt Bochum keine Räume.

Die AntirassistInnen aber. Die ehemalige Feuerwache an der Vierhausstrasse drohte zu verfallen. So besetzten Anfang Dezember 2000 zahlreiche Menschen – unterstützt von rund 35 politischen und kulturellen Gruppen – dieses Gebäude. Der Gesprächsbedarf bei der Stadt war gering. Trotz einiger zustimmender Äußerungen z. B. seitens der Bochumer Jusos, ließ OB Stüber schnell räumen. Geräumt wurde, weil die Stadt einen Investor für die Feuerwache gefunden hätte. Schnell machte die Runde, es handle sich um einen Handwerksbetrieb, eine Malerwerkstatt und schließlich eine soziale Institution. Wahr daran schien zumindestens, dass die ViA (Verein für integrative Arbeit) plante, dort Räume für Beschäftigungs-

fördermassnahmen sowie Stellen für SozialarbeiterInnen zu schaffen. Dafür wurde bei der EU ein Antrag gestellt. Es klappte und klappte nicht. Nun kam das endgültige Aus. ViA-Geschäftsführer Gnade berichtete nun, der Antrag sei gescheitert, weil das Land seinen Anteil dazu (400.000 Euro) nicht beitrugen wolle. Die ViA scheint also auch ein Opfer des Großprojektwahns von Olympia 2010, der WM 2006, Metrorapid ... geworden zu sein. Im Übrigen scheint die Geschichte um die ehemalige Feuerwache ein Lehrstück neoliberaler Stadtpolitik zu sein, wie sie in Bochum von rot-grün betrieben wird; ein Gebäude wird verfallen gelassen, um einen vermeintlich potenten Investor für die Feuerwache zu finden. Das passiert – oh welch Überraschung – bei erheblichem Leerstand in Bochum nicht. Die Instandbesetzer werden mit der Hilfe der Staatsgewalt rausgeworfen, weil ihre gesellschaftlichen Vorstellungen nicht passen. Ein anderer Akteur – die ViA – wird dagegen ins Spiel gebracht. Dies scheitert. Stadt und Land haben durch das gegeneinander Ausspielen erhebliche Mittel gespart. Diese sind trotzdem auf einmal verschwunden – in Unternehmenssubventionen und Prestigeobjekten. Zieht nun doch noch ein AZ in die Feuerwache? Wohl eher nicht. Die Besetzer von damals haben sich längst auf Innenstadt orientiert, wo sich Leerstand an Leerstand reiht. Zum letztjährigen Bochum Total wurde eine Alternativparty im ehemaligen Bochumer Hbf (Bahnhofsschule vor dem Riff) veranstaltet.



Nachdenken vor dem Weiterprotestieren Studiengebühren studieren



bsz termine

Insbesondere in Bochum wurde während des letzten Streiks viel protestiert, aber nur wenig über das *Wie und Warum* nachgedacht. Wer das bedauert, findet vielleicht jetzt mit Blick auf die Ferien die Zeit dazu.

Aus aktuellem Anlass bietet der bundesweite studentische Dachverband fzs am kommenden Wochenende (19.-21.7.) in Bielefeld ein Seminar zum Thema Studiengebühren an, das sich nicht nur (aber auch) an Leute wendet, die sich bisher kaum mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Mit den Kabinettsbeschlüssen in NRW und dem Gebührenmodell, das derzeit an der TU München diskutiert wird, kommt eine neue Qualität in die Gebühren Diskussion. Zur Erinnerung: Rot/Grün hält „Langzeitgebühren“ für legitim, und Gebührener ab dem ersten Semester sollen bald in die Testphase kommen.

Als ReferentInnen eingeladen wurden u.a. Christian Schneiderberg (Geschäftsführer des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren), der über die Auswirkungen der Strafgebühren für sogenannte Bummelstudis in Baden-Württemberg berichtet und Bettina Schwarzmeier von der bundesweiten Studivertretung in Österreich, die über die „Auswirkungen der Gebühren in Österreich auf die soziale Lage der StudentInnen“ und die „Rezeption der Gebühren unter StudentInnen und Bevölkerung referiert. Torsten Bultmann vom Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi) geht auf den theoretischen Hintergrund des Diskurses ein.



Anmeldung bitte schnell an: fzs@studis.de
Kostenpunkt: Studierende von Mitglieds-hochschulen 15 Euro (die Studierendenschaft der RUB ist Mitglied im fzs), andere 30 Euro

Ablaufplan:

Freitag Abend:

Anreise, Kennenlernen, Einführungsreferat und Überblick über das Wochenende

Samstag:

Vormittags: Referat: aktuelle Bildungsökonomische Diskurse, anschließend Diskussion. Referat 2: Langzeitstudiengebühren in Baden-Württemberg, andere Gebührenmodelle in der BRD, statistische Änderungen und soziale Auswirkungen, anschließend Diskussion

wirkungen, anschließend Diskussion

Nachmittags: Arbeitsgruppen zu den Themen:

- relevante Texte für die bildungsökonomische Debatte in Deutschland und zentrale Akteure

- Hochschulstatistiken, Sozialerhebung, Veränderungen in der Studienplanung – wichtige Daten und Datenquellen zur Debatte um Gebühren aus dem deutschen und internationalen Kontext

Abends: Referat: Gebühren und studentische Reaktionen in Österreich

Sonntag:

Referat: Studiengebühren im internationalen Kontext: „global players“ der Gebührendebatte, Gebührenmodelle anderer Staaten (Australien, USA, UK, Südostasien) anschließend Diskussion

Workshops:

- Auswertung der bisherigen Arbeit der StudentInnenenschaften zu Studiengebühren (insbes. ABS)

- möglicher zukünftiger Umgang mit der Gebührendebatte in Deutschland

Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse im Plenum

Abschlussrunde

Der freie Zusammenschluss von studentInnen-schaften ist der Dachverband der StudentInnen-schaften in der Bundesrepublik Deutschland. Er nimmt die politische Vertretung von derzeit über 850.000 StudentInnen an 77 Hochschulen wahr.

Seminare zur Faschismustheorie Autoritäre Täter

Die Frage nach dem Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie, die Theodor W. Adorno 1959 in seinem Vortrag „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“ stellte, hat nichts von ihrer Aktualität verloren: „Der Nationalsozialismus lebt nach, und bis heute wissen wir nicht, ob als Gespenst dessen, was so monströs war, daß es am eigenen Tode noch nicht starb, oder ob es gar nicht erst zum Tode kam; ob die Bereitschaft zum Unsäglichen fortwährend in den Menschen wie in den Verhältnissen, die sie umklammern.“

Die Ermöglichungsbedingungen des Faschismus und des Holocaust sowie ihr Fortleben in den Menschen und den Verhältnissen, sollen das Thema der vom Bochumer Arbeitskreis Rote Ruhr Uni präsentierten Seminar- und Vortragsreihe beim Campus-Projekt der Kokerei Zollverein sein. Dabei folgen die Seminare den von der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule beschrittenen Pfaden der Analyse von Gesellschaft und Subjekten. Sozialpsychologische Deutungsversuche stehen im Zentrum des Seminars über die Theorie des autoritären Charakters, mit der die Veranstaltungsreihe am Samstag und Sonntag, den 24./25. August eröffnet wird. Anhand von Texten Theodor W. Adornos und Erich Fromms soll dabei der psychoanalytische Zugang zur Erklärung faschistischen Massenverhaltens und der diesem zugrundeliegenden psychischen Struktur der Gesellschaft rekonstruiert werden.

Im Seminar am Sonntag, den 22. September geht es um den Antisemitismus als zentralen Bestandteil nationalsozialistischer Weltanschauung und Politik sowie dessen Grundlagen in der kapitalistischen Vergesellschaftung. Im Mittelpunkt steht dabei der Text „Nationalsozialismus und Antisemitismus“ des amerikanischen Soziologen Moishe Postone, der an Analysen von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in dem Buch „Dialektik der Aufklärung“ anschließt. Neben der Relektüre des Textes sollen dessen theoretische Grundlagen und unterschiedlichen Rezeptionen thematisiert werden.

Wie es um die Aufarbeitung der Vergangenheit in

Deutschland im sechsten Jahrzehnt nach dem Ende des ‚Dritten Reiches‘ steht, soll in drei Vorträgen am Samstag, den 21. September diskutiert werden. Dabei werden öffentliche, familiäre und wissenschaftliche Formen des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit betrachtet.

In einem Übersichtsvortrag wird der Freiburger Historiker Ulrich Herbert den Wandel des Bildes des Nationalsozialismus in der wissenschaftlichen wie politischen Öffentlichkeit der BRD nachzeichnen, der sich im wesentlichen durch die späte Wahrnehmung und Erforschung des Holocaust und der an ihm beteiligten und von ihm profitierenden Täter und Mit-täter, ihrer Handlungsmotive und ideologischen Einstellungen auszeichnet. Herbert wird dabei darstellen, wie das Selbstbild der Täter als nicht verantwortliche Befehlsempfänger auch die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus geprägt hat. Schuldabwehr bildet auch das Thema von zwei weiteren Vorträgen am Samstag. Der Hannoveraner Sozialpsychologe Harald Welzer wird die Ergebnisse seiner Mehrgenerationenstudie zu Familienerzählungen über den Nationalsozialismus vorstellen (s. auch Rezension auf Seite 4 dieser Ausgabe). Er bezeichnet die Entwicklung einer Entlastung der Täter durch ihre Kinder und Enkel als ‚kumulative Heroisierung‘ und konstatiert ein Auseinanderklaffen von abstrakter Verurteilung des Holocaust bei gleichzeitigen Rettungsversuchen der Familiengeschichte.

Diese Tendenz sieht auch der Hamburger Journalist Günther Jacob, der über die Aussöhnungsversuche mit der Tätergeneration referieren wird. Dabei beschäftigt er sich speziell mit der Einebnung der Differenz zwischen Tätern und Opfern, die v.a. in der neueren ‚Oral History‘ über den NS unterschiedlos als ‚Zeitzeugen‘ charakterisiert werden. Dies zeigt sich, Jacob zufolge, besonders in der Übertragung der Erkenntnisse über die Traumatisierung von Holocaust-Überlebenden und ihren Angehörigen auf die Täter und ihre Nachkommen.

Programm:

**Samstag/Sonntag
24./25.8.2002**

Seminar: Theorie des autoritären Charakters. Zur kritischen Theorie des Subjekts.

Samstag, 21.9.2002

Vortragsblock:

1. Harald Welzer (Sozialpsychologe, Hannover): Kumulative Heroisierung. Nationalsozialismus und Krieg im Gespräch zwischen den Generationen. (16 Uhr).

2. Günther Jacob (freier Journalist, Hamburg): Stille Post. Die deutsche Oral History und die Relativierung von Auschwitz. (16 Uhr)

3. Ulrich Herbert (Historiker, Freiburg): Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des Holocausts. (20 Uhr).

**Sonntag,
22.9.2002**

Seminar: Moishe Postones Antisemitismustheorie.

Ein Reader zu den Veranstaltungen ist seit Juni erhältlich (Preis 3 Euro).

Anmeldung erforderlich unter: roteruhr@kokereizollverein.de oder Arbeitskreis rote ruhr-uni, c/o Referat für kritische Wissenschaften des AstA der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 150, 44780 Bochum www.rote-ruhr-uni.org

Weitere Informationen bei der Kokerei Zollverein (www.kokereizollverein.de).

Projekt Campus 2002: 24.8.-22.9.2002, Kokerei Zollverein Essen, Arendahls Wiese

Mittwoch, 17. Juli

Attac Bochum-Plenum

18.30 Uhr, Café Absinth (Rottstrasse), Bochum

Dr. Seltam oder Wie ich lernte, die Bombe zu lieben

im Rahmen der Filmreihe „Krieg als Groteske“
21.45 Uhr, Kino Endstation, Bahnhof Langendreer

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Offenes Treffen der Kreisgruppe des BUND

20.00 Uhr, Umweltzentrum (Alsenstraße 27), Bochum

Kennenlernabend

für Frauen, die an aktiver Mitarbeit am Frauengesundheitszentrum interessiert sind.
20.00 Uhr, FGZ (Alsenstraße 27), Bochum

Freitag, 19. Juli

Seminar zu Studiengebühren

Bis 21. Juli. Siehe nebenstehenden Artikel.
18 Uhr, Bielefeld

Samstag, 20. Juli.

Bundesweiter Aktionstag

Ein Jahr nach Carlo Gulianis Ermordung (Am 20. Juli 2001 wurde der 23jährige Aktivist Carlo Guliani während des G8-Gipfels in Genua von einem Carabinieri erschossen.)
Infos unter <http://www.linksseite.de>

Naziaufmarsch in Soest verhindern!

Mehr Infos: www.linksseite.de & www.indymedia.de
11 Uhr, Soest Hbf

Sonntag, 21. Juli

Der große Diktator

im Rahmen der Filmreihe „Krieg als Groteske“
17.30 Uhr, Kino Endstation, Bahnhof Langendreer (auch Montag, 22. Juli, 19.30 Uhr)

Donnerstag, 25. Juli

Catch 22

im Rahmen der Filmreihe „Krieg als Groteske“
22.00 Uhr, Kino Endstation, Bahnhof Langendreer (auch Freitag, 26. Juli, 22 Uhr und Sonntag 28. Juli, 17.30 Uhr)

Samstag, 3. August

Juicy Beats 7

Electronic Beats Festival
Mehr Infos: www.juicybeats.net
12 Uhr, Westfalenpark, Dortmund

Dienstag, 6. August

Antifa-Café

18.00 Uhr, Alevitische Gemeinde, Hermannshöhe 7

Freitag, 30. August

Chumbawamba & Die Schnitter

20 Uhr, Zeche Carl, Essen

Samstag, 14. September

Grossdemo in Köln

Im Rahmen des Bundesweiten Aktionstages „Her mit dem schönen Leben – Eine andere Welt ist möglich!“
Mehr Infos: <http://int-protest-action.tripod.com/id2.htm>
Köln, genauer Zeitpunkt/Ort noch unbekannt



Der Nationalsozialismus im Gespräch zwischen den Generationen

The Family is Saw

Seit mehreren Jahren beschäftigen sich Welzer et al. mit der sozialen Konstitution von Erfahrung, mit ihrer Organisation und Weitergabe von Generation zu Generation. Es ging dabei nicht darum, festzustellen, wie alte Menschen über den NS denken, sondern um die Analyse des intersubjektiven Prozesses im Gespräch: wie Zeitzeugen Geschichte weitergeben und wie die Nachgeborenen dies aufnehmen und ihrerseits weitergeben. Welzer et al. untersuchen zunächst die Formen der Tradierung im intergenerationellen Gespräch, zunächst zwischen einander unbekannten Zeitzeugen und Interviewern („Was sind wir für schlechte Menschen“), später innerhalb dreier Generationen einer Familie („Opa war kein Nazi“).

Die Gesprächssituation ist ein „intersubjektive[s] Produktionsverhältnis“, bei dem (a) sich die Erzähler rhetorischer und narrativer Mittel bedienen, wie auch die Zuhörenden ihnen mit Erwartungshaltungen entgegenkommen und (b) beider „Geschichtsbewusstsein freiwillig und unfreiwillig zum Ausdruck“ kommt. Geschichtsbewusstsein unterscheidet sich von Geschichtswissen. Während das „historische Wissen“ explizit und kognitiv vermittelt wird, ist das „implizite Gedächtnis“ zwar auch „handlungsleitend“, aber „unbewußt“. Es prägt die Art des Denkens und Sprechens über den NS und ist „von frühkindlichen Phasen ab sozialisationsrelevant“, „intentional äußerst schwer korrigierbar“ und „die am stärksten sozial präformierte Art von Erinnerung“. Die Formen des individuellen Erinnerns sind von „Erinnerungsmilieus“ abhängig, die sowohl den Inhalt wie die Art des Vermitteln bestimmen.

Das Sprechen über den NS geschieht in „Aushandlungsmedien“, in „widerkehrende[n] Strukturelemente[n] des Verfertigers der Vergangenheit“ („Tradierungstypen“ genannt. Im Tradierungstyp „Opferschaft“ stellen die Erzählenden sich als Opfer der Nazis und/oder der Siegermächte dar. Ihm verwandt ist der „Überwältigung“ durch große anonyme

Geschehnisse ohne Subjekt. In der „Rechtfertigung“ reagieren die Zeitzeugen auf Vorwürfe der Nachkommen; mit „Distanzierung“ stellen sie leicht eine Verbrüderung her, indem durch kabarettistisches Veralbern von Nazi-Größen die angeblich schon damals gegebene innere Gegnerschaft demonstriert werden soll. Immer noch gibt es „Faszination“, in der sich Zeitzeugen für einige Aspekte des Dritten Reichs begeistern und die Weimarer Republik und die BRD als negative Vergleiche nutzen.

In diesen Tradierungstypen steckt schon das wichtigste Ergebnis der Studien: dass über Generationen hinweg der NS durch das Reden über ihn zur leeren historischen Hülle, zur Veranstaltung der Anderen, die man „die Nazis“ nennt, dass er täterlos wird; dass Zeitzeugen und Nachfahren sich entgegenkommen; dass erstere nicht letzteren etwas verschweigen, sondern die Nachfahren empathische Leidensgeschichten hören wollen und Beteiligung ihrer Vorfahren (die öfter zugegeben wird, als allgemein angenommen) schlicht überhören. Die Generationen gehen ein „intergenerationelle[s] Bündnis“ ein, zeugen die Volksgemeinschaft in kommunikativer Form fort.

Das immer noch wichtigste Erinnerungsmilieu sei offenkundig die Familie. Hier werden „emotional basierte Auffassungen“ gelegt, die über eine „selbstverständliche Gewissheit“ die Wahrnehmung des NS und der verwandten Zeitzeugen formen. Dabei werden nicht Familiensagas getreu weitererzählt, sondern jeder Angehörige entwickelt eine eigene Version, die denen der anderen zwar widersprechen mögen, aber in der Form des Familiengedächtnisses als „synthetisierende[r] Funktionseinheit“ zusammenfinden. Wichtig ist die „Aktualisierung“ dieses Familiengedächtnisses im Gespräch, die Vergegenwärtigung und Herstellung von Gemeinschaft über Erinnerung am Erinnerten (nicht an wirklich Geschehenes), nicht die getreue Nacherzählung.

Jene wäre auch kaum möglich, da die Erzählungen „offen“ sind, unklar, diffus, oft sinnlos und widersprüchlich. In dieser Form, das haben die Erzähler herausgefunden, kommen sie am besten an, denn so bieten sie den Zuhörenden am besten Anschluss für eigene Bedürfnisse und Deutungen. Die Nachfahren spüren die „Leerstellen“ eifrig auf und füllen sie bereitwillig. In den Familiengesprächen stellte sich heraus, dass dem Tradierungstyp „Über-

wältigung“ kaum noch Bedeutung zukommt; nun wird den Vorfahren „Heldentum“ unterstellt. Jedes nur mögliche Deutungsangebot wird ausgegriffen und von zweiter zu dritter Generation sukzessive in einer „akkumulativen Heroisierung“ zu Widerstandshandlungen ausgebaut. Da wird aus der Juden denunzierenden Großmutter eine mutige Judenversteckerin, aus dem führenden SA-Mann ein innerer Emigrant und aus dem Gestapo-Angehörigen, der an der Juden-„Aussiedlung“ mitarbeitete, ein Fluchthelfer.

Die Geschichten, die hierbei verfertigt werden, folgen neben den Tradierungstypen auch anderen „Drehbüchern“. Mehr und mehr wird die „Wechselrahmung“ angewandt, d.h. „Merkmale, die Bildern und Geschichten zum Holocaust entstammen“, werden in die Erzählungen eingebaut, um das Leiden der Vorfahren zu illustrieren. Dies ist sicherlich auch auf das über die Massenmedien extensivere wie intensivere Einsickern medialer Vorgaben in das Bewusstsein und Unbewusstsein zurückzuführen, die regelrechte „retroaktive[.] Skript[s]“ liefern, aber (und über das, was deutsch ist, schweigen Welzer et al. sich aus) v.a. sollte man darin die Enteignung der Juden von ihrer Vergangenheit sehen, die Entlastung von den eigenen Verbrechen, eine Fortsetzung der Erzählung, die Deutschen seien immer schon und immer noch die Opfer des NS und die eigentlichen Juden gewesen.

fake

Harald Welzer, Sabine Moller, Karoline Tschuggnall. „Opa war kein Nazi.“ Nationalsozialismus im Familiengedächtnis. Unter Mitarbeit von Olaf Jensen und Thorsten Koch. Frankfurt/M: Fischer, 2002. ca. 240 Seiten. 10,90 Euro.

Robert Montau, Christine Plaf, Harald Welzer. „Was wir für böse Menschen sind!“ Der Nationalsozialismus im Gespräch zwischen den Generationen. Tübingen: Edition Diskord, 1997. ca. 220 Seiten.

Am Samstag den 21.9.2002 um 16 Uhr wird Harald Welzer im Rahmen der Veranstaltungsreihe *„Autoritäre Charaktere – faschistische Täter des Arbeitskreises rote-ruhr-uni einen Vortrag in der Kokerei Zollverein halten. Näheres s. auch Artikel auf Seite 3 dieser Ausgabe.“*

:bsz konsumterror

Besser essen

In Wort vorweg: Die hier verglichenen Brotaufstriche sind nicht vollends repräsentativ. Getestet wurden nur die praktisch überall erhältlichen, und zwar Nutella, Zentis Nusspli und Zentis Belmanda. Die Gründe dafür sind Legion. Als linksalternatives Medium ist die bsz natürlich sowieso der kollektiven (bzw. zwangskollektierten) Meinung, dass Reformhaus- und Ökoladenaufstriche die bessere Wahl sind, und im Zweifelsfall ist selbstverständlich, wie die AltkommunistInnen der ASiA-Pressestelle bezeugen werden, die ostdeutsche Marke Nudossi mit ihren 36%igem Nussgehalt den dem kapitalistischen Pluralismuswahn entsprungene diversen Westmarken vorzuziehen.

Da wir zwischen all diesen durchaus lobenswerten Produkten nicht einen Konkurrenzkampf entfachen wollen, bleiben diese also als Einzelprodukte unkommentiert. Desweiteren unerwähnt bleiben die verschiedenen Billigmarken à la Tip und Ja. Diese, wie wir wissen, schmecken alle mehr oder weniger gleich, nicht besser oder schlechter als die anderen, und sind um einiges billiger. Da wir außerdem aber wissen, dass es nur auf das Äußere ankommt, werden sie wahrscheinlich trotzdem seltener gekauft. Schließlich fühlt man sich schon seit der frühen Kindheit mit gewissen Schokoaufstrichen verbunden, und der feministische Touch (im Sinne von Brüder sind gut für die – vermutlich durch regelmäßigen Konsum von dickflüssiger Schokolade gestärkten – Ellbogen) ist auch nicht zu verleugnen. Soviel zur Tradition.

Die Gegenwart oder zumindest erst kürzlich vergangene Vergangenheit der Multimediasgesellschaft ist zumindest bei der Zentis-GmbH auch vertreten, hier können wir die Lobeshymnen auf Zentisprodukte („Man öffnet den Belmandel Becher- und was danach kommt ist purer Genuß. Schade nur, daß man nicht den ganzen Morgen am Frühstückstisch verbringen kann.“ bzw. „Manche sind schon dabei erwisch worden, wie sie ihr Nusspli direkt vom Löffel in den Mund ...“) auf der firmeneigenen Website abrufen. Das funktioniert zwar auch beim international renommierten Nutella, aber diese innovative Seite verlangt das Herunterladen von allen möglichen Sachen. Doch etwas zuviel des Guten für ein paar Infos über Schokocreme. Denn, seien wir mal ehrlich, „einen wichtigen Beitrag zu einer gesunden Ernährung“ leisten sie alle genauso wenig wie die deutlich weniger ekligten Eszet-Scheiben. Wer schon mal Zeit in Camps, auf Konferenzen oder sonstwo verbracht hat, wo die Kühlmöglichkeiten begrenzt waren, weiß, dass nach zwei Tagen Brot mit Billigmargarine und Nutella, oder Belmandel, oder Nusspli der Magen rebelliert und der Körper schlimmere Krankheits-symptome aufweist als nach drei durchsoffenen Nächten – die nicht notwendigerweise auch stattgefunden haben müssen. 13% Nussgehalt sind wohl doch nicht genug gesunder Bestandteil. Bleibt die Frage nach den pseudosexuellen Implikationen der Zentis-Internetwerbung. Direkt vom Löffel in den Mund ... was? Abgelutscht? Und man möchte den ganzen Morgen am Frühstückstisch verbringen? In Anlehnung an die Kommunengeneration der Siebziger bleibt zu folgern, dass es relativ egal ist, welchen Schokoaufstrich man kauft, spätestens am dritten Tag lohnt sich das Aufstehen für keinen von ihnen.



:bsz impressum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Tanja Tästensen (tas), Charlotte Ullrich (cu), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

Anzeige

- Mensa-Plan für die Woche vom 17. bis 23. September -				
Unser Standard	Die „Grüne“ Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 17.7.				
Seelachsfilet im Knuspermantel mit Senf-Dillsauce, dazu Dillkartoffeln, Tomaten-Gurkensalat	(S) Schlemmerhacksteak mit einer Pustzasauce, dazu Djuwetschreis und ein Salat	Blumenkohl-Käse-Medaillon mit einer Tomatensauce, dazu Blumenkohl und Vollkornspaghetti	Der Kleine Saal ist geschlossen!	Der Kleine Saal ist geschlossen!
DONNERSTAG, 18.7.				
Hühnerfrikassee in einer weißen Sauce, dazu Reis und ein Erbsengemüse	(S) Schweinefleisch-Spieß mit einer Pfefferhahnsauce, dazu Kroketten und ein Bohnen-Maisgemüse	Hartoffeltasche, gefüllt mit Frischkäse, dazu eine Roggensauce, Püree (4,6) und ein Salat	Der Kleine Saal ist geschlossen!	Der Kleine Saal ist geschlossen!
FREITAG, 19.7.				
Putenmedaillon-Spieß mit einer Currysauc, dazu Mandelreis und ein Broccoli-gemüse	(S) Schweineroulade „Hausfrauen Art“ mit Robertsauce, Kartoffeln und Rote Beete-Salat	Maultaschen mit Gemüse, dazu eine Kräutersauce und ein bunter Rohkost-Mix	Der Kleine Saal ist geschlossen!	Der Kleine Saal ist geschlossen!
MONTAG, 22.7.				
Geflügelrikadelle mit einer Zwiebelsauce, dazu Kräuter-Püree und Tomaten-Zucchini-Gemüse	Gartensalat mit Dressing, Hartoffeltaschen gefüllt mit Frischkäse und ein Kräuter-Quark-Dip	Maultaschen mit Gemüse mit einer Balkansauce, dazu Spätzle und ein Schälchen Dunstapfelstücke	Der Kleine Saal ist geschlossen!	Der Kleine Saal ist geschlossen!
DIENSTAG, 23.7.				
Putenschnitzel, paniert mit Ananas und Käse überbacken, Currysauc, dazu Kokosreis und Eisbergsalat	Knackigen Gartensalate mit einem Florida-Dressing, dazu ein Putensteak, natur und Baguette	Broccoli-Nussecke mit einer Karottensauce, dazu Vollkornspaghetti und ein Broccoligemüse	Der Kleine Saal ist geschlossen!	Der Kleine Saal ist geschlossen!